

Niederschrift

über die öffentliche Sonder-Sitzung des Hauptausschusses

am Mittwoch, dem 23.10.2013

im Neuen Rathaus, Großflecken 59, 24534 Neumünster,

2. Obergeschoss, Südflügel, Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

<u>Beginn:</u> 17.30 Uhr	<u>Ende:</u> 18.15 Uhr
---------------------------------	-------------------------------

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

	Frau Babett Schwede-Oldehus
--	-----------------------------

Ratsfrau / Ratsherr

	Herr Volker Andresen
	Herr Uwe Döring
	Herr Hauke Hahn
	Frau Esther Hartmann
	Herr Gerd Kühl
	Frau Marianne Lingelbach
	Herr Mark Michael Proch

Außerdem anwesend

Stadtpräsident	Herr Friedrich-Wilhelm Strohdiek
----------------	----------------------------------

Von der Verwaltung

Oberbürgermeister	Herr Dr. Olaf Taurus
1. Stadtrat	Herr Günter Humpe-Waßmuth
Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Personalratsvorsitzende	Frau Sabine Heidebrecht-Rüge
Protokollführer	Herr Holger Krüger

Abwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

entschuldigt	Herr Wolf Rüdiger Fehrs
entschuldigt	Herr Sebastian Fricke
entschuldigt	Herr Arno Jahner
entschuldigt	Herr Andreas Kluckhuhn

2 Vertreter der Presse, keine weiteren Gäste

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 23.10.2013
3.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 26.08. und 05.09.2013 - sowohl zum öffentlichen Teil als auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelten Tagesordnungspunkte <u>Hinweis:</u> Sollte es Einwendungen gegen die Niederschrift die unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte geben, müssen diese ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden (am Ende der Sitzung).
4.	Information über die am 05.09.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
5.	Bestellungen; hier: Aufsichtsrat der Wohnungsbau G.m.b.H. Neumünster Vorlage: 0100/2013/DS
6.	Dringlichkeitsantrag: Antrag der CDU-Ratsfraktion zum Thema "Laubentsorgung bei den Sammelstellen im Stadtgebiet"

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Beschluss:

Die Vorsitzende - Ratsfrau Babett Schwede-Oldehus - eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Ratsfrau Schwede-Oldehus nachträglich die Glückwünsche des Hauptausschusses zu folgenden Geburtstagen aus:

Herr Fehrs - am 09.09.

Frau Hartmann - am 24.09.

Herr Kühl - am 09.10.

Ferner teilt Ratsfrau Schwede-Oldehus mit, dass die CDU-Ratsfraktion eine Sonder-Sitzung der Ratsversammlung zum frühest möglichen Zeitpunkt beantragt. Themen sind die Aussetzung des Verkehrsversuchs und die Änderung der Abfallgebührensatzung im Zusammenhang mit der Laubentsorgung (siehe auch TOP 6).

Herr Stadtpräsident Strohdiek teilt mit, dass er die Ratsversammlung zum 05.11.2013 einberufen wird. Die Ladung soll fristgerecht am 25.10.2013 zugehen.

Ratsfrau Lingelbach berichtet, dass die FDP-Ratsfraktion ebenfalls eine Sonder-Sitzung zu dieser Problematik anregen wollte und somit die Initiative der CDU-Ratsfraktion begrüßt.

Ratsherr Döring teilt mit, dass die SPD-Ratsfraktion für die Ratsversammlung am 26.11.2013 eine Große Anfrage zum Thema „Verkehrsversuch“ vorgesehen hat. Es böte sich an, diese dann auch auf der o. a. Sonder-Sitzung zu beantworten. Es wird vereinbart, die Tagesordnung der Sonder-Sitzung um diese Große Anfrage zu erweitern.

Der Wortlaut der Großen Anfrage wie auch die Vorlagen der Verwaltung zu den o. g. Tagesordnungspunkten werden bis zum 25.10.2013 noch nicht vorliegen. Sie werden daher nachgereicht.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 23.10.2013
-----	--

Beschluss:

Verteilt wird ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion zum Thema „Laubentsorgung bei den Sammelstellen im Stadtgebiet“.

Die Dringlichkeit des Antrags wird einstimmig bejaht.

Der Antrag wird als TOP 6. auf der Tagesordnung ergänzt.

Der Tagesordnung in der geänderten Fassung wird einstimmig zugestimmt.

3 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 26.08. und 05.09.2013 - sowohl zum öffentlichen Teil als auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelten Tagesordnungspunkte
-----	--

Beschluss:

Herr Krüger erläutert eine Verfahrensänderung bei der Beschlussfassung über die Niederschriften den jeweils letzten Sitzungen.

Künftig soll in öffentlicher Sitzung auch abgefragt werden, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift zu den unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte gibt. Ist dem nicht der Fall, so ist die Niederschrift damit „genehmigt“. Es ist dann nicht erforderlich, diesen Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit noch einmal aufzurufen - oder gar den Ausschluss der Öffentlichkeit nur zur Klärung dieser Frage herzustellen.

Sollte es jedoch Einwendungen gegen die Niederschrift zu den unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte geben, müssen diese ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit am Ende der Sitzung behandelt werden.

Diese geänderte Verfahrensweise ist mit dem FD Recht abgestimmt und soll künftig in allen Gremien entsprechend gehandhabt werden.

Gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 26.08. und 05.09.2013 liegen keine Einwendungen vor.

Ratsfrau Schwede-Oldehus weist darauf hin, dass im Protokoll der Sitzung am 05.09.2013 bei dem Bericht über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse der Sitzung am 26.08.2013 die Beschlüsse vom 13.08.2013 aufgeführt sind. Am 26.08.2013 standen gar keine Beratungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit an. Dementsprechend gab es auch keine Beschlüsse, über die zu informieren gewesen wäre.

4 .	Information über die am 05.09.2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Beschluss:

In der Sitzung am 05.09.2013 hat der Hauptausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit folgende Beschlüsse gefasst.

Außer der Genehmigung der Niederschrift vom 13.08.2013 standen 3 Tagesordnungspunkte zur Beratung unter Ausschluss der Öffentlichkeit an.

Unter TOP 7. wurde Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras im Hinblick auf die 29. Gesellschafterversammlung der Hallenbetriebe Neumünster GmbH angewiesen, dem Jahresergebnis 2012 zuzustimmen und die Entlastung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung zu erteilen.

Unter TOP 7.1 wurde zu einer Dringlichkeitsvorlage - vorbehaltlich der Entscheidung der Ratsversammlung - der Erweiterung des Gesellschaftervertrages Holstenhallen Service GmbH um das Geschäftsfeld Gastronomie zugestimmt.

Unter TOP 9. wurde in einer Personalangelegenheit der Übertragung der Fachdienstleitung des Fachdienstes Allgemeiner Sozialer Dienst auf Herrn Jörg Hellberg zugestimmt.

Weitere Beschlüsse waren nicht zu fassen; unter TOP 8. wurden Hinweise zu den Gesellschafterversammlungen bei städtischen Beteiligungen zur Kenntnis genommen.

5 .	Bestellungen; hier: Aufsichtsrat der Wohnungsbau G.m.b.H. Neumünster Vorlage: 0100/2013/DS
-----	--

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

6 .	Dringlichkeitsantrag: Antrag der CDU-Ratsfraktion zum Thema "Laubentsorgung bei den Sammelstellen im Stadtgebiet"
-----	--

Beschluss:

Die Dringlichkeit des Antrags wird einstimmig bejaht (TOP 2)

Ratsherr Hahn bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Es folgt eine ausführliche Diskussion

Zu der Bitte an die Verwaltung, zu prüfen, mit sofortiger Wirkung von der Erhebung entsprechender Gebühren Abstand zu nehmen, sagt Herr Oberbürgermeister eine Prüfung im Sinne einer schnellen und pragmatischen Lösung zu.

Hinsichtlich des Auftrags an die Verwaltung, bis zur Sonder-Sitzung der Ratsversammlung einen Entwurf für eine entsprechende Satzungsänderung vorzulegen, weist Herr Stadtrat Dörflinger darauf hin, dass eine Änderung der Gebührensatzungen ohnehin für den 26.11.2013 vorgesehen war.

Im konkreten Fall sei eine Änderung der Gebührentabelle dahingehend denkbar, dass in dem definierten Zeitraum, Laub kostenfrei entsorgt werden kann.

Der in dem Antrag genannte Zeitraum wurde diskutiert und einvernehmlich auf 15.09. bis 30.11. erweitert. Der Antrag wird entsprechend geändert.

Herr Stadtrat Dörflinger weist darauf hin, dass einzelne Nachbarkreise sehr wohl Gebühren erheben. Gleiches gelte für die Entsorgung am Abfallwirtschaftszentrum der SWN.

Zu den im Antrag aufgeworfenen Fragen an die Verwaltung, teilt Ratsherr Döring mit, dass die SPD-Ratsfraktion einen inhaltlich entsprechenden Fragenkatalog an die Verwaltung gerichtet hat.

Unisono wird die Vorgehensweise der Verwaltung kritisiert. Angesichts der bisherigen Praxis, für die Entsorgung von Herbstlaub ungeachtet der Regelungen in der Abfallgebührensatzung keine Gebühr zu erheben, sei eine bessere Information der Politik über die beabsichtigte Abkehr von dieser Praxis geboten.

Ratsherr Döring weist in diesem Zusammenhang auf die Beschlusslage zum Konsolidierungsvorschlag A 127 „Einführung einer gebührenpflichtigen Laubtonne“ hin. Dem sei

seinerzeit nicht zugestimmt worden. Vielmehr sei ein Prüfauftrag erteilt worden, zu dem der Ratsversammlung bislang kein Ergebnis vorläge.

Auf den Umstand, dass die Bürger, die das Laub von Bäumen, die auf städtischem Grundstücken stehen, einsammeln und entsorgen, dadurch nicht auch noch finanziell belastet werden sollen, wird hingewiesen. Das gelte besonders in den Fällen, in denen entsprechendes Straßenbegeleitgrün gegen den Willen der Anwohner gepflanzt wurde. Bäume auf privaten Besitz leisten einen Beitrag für das positive Image Neumünsters als eine „grüne Stadt“. Auch vor diesem Hintergrund sei es nicht geboten, die entsprechenden Bürger bei der Laubentsorgung mit einer Gebühr zusätzlich zu belasten.

Unstrittig ist, dass zusätzliche Kosten durch höhere Anforderungen an die Entsorgung des Laubes, insbesondere aufgrund des Befalls durch die Miniermotte, über Gebühren aufzufangen sind. Dabei ist aber dafür Sorge zu tragen, dass aus den o. a. Gründen die Allgemeinheit belastet wird.

Dem Antrag wird sodann einstimmig zugestimmt.

Außerhalb der Tagesordnung bittet Frau Heidebrecht-Rüge um das Wort.

Sie weist darauf hin, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere im Bereich Tiefbau, einer massiven Kritik in der Presse anlässlich der Probleme mit dem Verkehrsversuch, dem ja ein Beschluss der Ratsversammlung zugrunde liegt, ausgesetzt sehen. Dies stelle für die Kolleginnen und Kollegen eine zusätzliche Belastung dar, zumal man bemüht sei, die anstehenden Aufgaben trotz einer permanenten Unterbesetzung im Bereich Tiefbau bestmöglich zu bewältigen.

Der Hauptausschuss nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis.

gez. Babett Schwede-Oldehus

(Ausschussvorsitzende/r)

gez. Holger Krüger

(Protokollführer)